

# Die Außenpolitik der Weimarer Republik



© Bundesarchiv, Bild 146-188-101-12, CC-BY-SA 3.0

Nach der Anfangsphase der Republik begann keine Zeit der inneren Konsolidierung, sondern die Republik war in den so genannten Krisenjahren massiven innenpolitischen Spannungen, gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Problemen ausgesetzt und durch diese in ihrer Existenz äußerst bedroht.

# I Deutsche Außenpolitik im Vollzug von Versailles

## 1 Fachwissenschaftliche Aspekte

### 1.1 Die Befriedung des französischen Sicherheitsbedürfnisses

Im Zusammenspiel der europäischen Mächte nach 1918 stellte Frankreich die Weichen. Seine Außenpolitik dem Reich gegenüber hatte vorrangig

- dem **französischen Sicherheitsbedürfnis** zu dienen,
- von Deutschland materielle **Wiedergutmachung** einzufordern,
- die Deutschen zur **Respektierung französischer Hegemonie** zu zwingen.

Frankreich, das innerhalb von weniger als 50 Jahren zweimal Opfer deutscher Aggression geworden war, wollte sich zukünftig davor wappensichern. Es hatte von allen auf Seiten der Entente am Krieg beteiligt gewesenen Länder den höchsten Blutzoll entrichtet und die größten materiellen Opfer gebracht. Seine östliche Landeshälfte war zerstört.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 hatte Frankreichs Vormachtstellung in Europa ein Ende. Der Sieg 1918 sollte seine jahrhundertealte Rolle wieder her. Doch die **Volkskraft der Deutschen** und ihre **industrielle Leistungsfähigkeit** waren für das schreckensgeplagte Frankreich nach wie vor ein **bedrohliches Potential**.<sup>1</sup> Die, wie viele Deutschen sahen, „**Schmach von Versailles**“ mit ihren territorialen, materiellen und politischen Folgen hatte nicht nur bei der extremen Rechten, sondern auch in weiten Kreisen des liberalen und demokratisch gesonnenen Bürgertums, eine entschieden revanchistische Haltung aufkommen lassen, die den zur Frankreich doch hin gefährlichen deutschen Nachbarn noch gefährlicher erscheinen ließ. Frankreich konnte nicht garantieren, daß zukünftig seine Grenze vor dem besiegten Feind sicher sei, umso weniger, als sich die USA und Großbritannien weigerten, ihrem gewesenen Verbündeten militärischen Beistand gegen Deutschland anzubieten. Sie beschwichtigten

<sup>1</sup> Betrug 1880 der Anteil der französischen an der europäischen Gesamtbevölkerung noch nahezu 16 %, so lag er 1900 nur noch 9,7 %. Einer rückläufigen Geburtenrate stand im gleichen Zeitraum in Deutschland ein Bevölkerungswachstum gegenüber (1920: 65 Millionen Deutsche; 41 Millionen Franzosen). Frankreich war 1850 einzige Industrienation des Kontinents. Frankreich förderte 1913 41 Millionen, Deutschland 280 Millionen Tonnen Kohle. Trotz großer Verluste an Kohlevorkommen (Folgen von Versailles) förderte Deutschland 1924 noch 245 Millionen Tonnen. Im „Wahrsagt“ schreibt dazu 1921 der bedeutende Wirtschaftsjournalist Gustav Stolper: „In Wahrheit ist der deutsche Wirtschaftsapparat von schlechthin praktisch unbegrenzter Leistungsfähigkeit ... Daß Deutschland wieder arbeitet wie nie zuvor, das ist es gerade, was seine Gegner beunruhigt und sie dazu verleitet, dem gebändigten Riesen immer neue Ketten anzulegen.“ (zit. nach Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit, Tübingen 1967, S. 163)

Frankreich mit dem Hinweis auf hinreichenden Schutz durch ein erstrebt **System kollektiver Sicherheit**. Es ist jedoch verständlich, daß der Staat, dessen Überleben unter der deutschen Bedrohung des massiven militärischen Einsatzes aller seiner Verbündeten bedurfte, eigene, verlässlichere Sicherung brauchte. Frankreichs Hegemonie stand darum auf dem ersten Platz seiner außenpolitischen Prioritätenliste, weshalb die **militärische Macht des Deutschen Reichs** ein für allemal **ausgeschaltet** werden mußte. Ebenso notwendig war eine wirksame **strategische Absicherung** für den dennoch nicht auszuschließenden Fall einer neuerlichen deutschen Aggression. Dies sollte vor allem durch eine französische Militärgrenze am Rhein erreicht werden, doch einen unabhängigen Rheinstaat oder kleinere Pufferstaaten im Westen Deutschlands.<sup>2</sup> Dazu kam ein *cordon sanitaire* von mit Frankreich eng alliierten Staaten in Osteuropa. Die Ressentiments Deutschlands gegenüber in diesen Ländern und umgekehrt erzeugten eine feindselige Stimmung. Dies wird am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen deutlich. Frankreich mußte bei der Aufrechterhaltung der latenten Feindschaft beider Länder interessiert sein, wollte es doch den furchtbaren Nachbarn, wo immer es ging, nachhaltig schwächen. Daß Großbritannien und die USA diese Politik nur halbherzig und oft gar nicht mittrugen, änderte nichts daran, daß sie bis mindestens 1934 den Tonie des Umgangs der Versailler Mächte mit Deutschland blieb. Damit waren wesentliche Elemente des Handlungsrahmens deutscher Außenpolitik in ihrer ersten Phase abgesteckt. Nur in ihm und im dadurch gegebenen Spannungsfeld widersprüchlicher Willensrichtungen des internationalen Kräftefelds konnte sie versuchen, sich zu entfalten.

Auf die Weigerung der Reichsregierung, den Versailler Vertrag zu unterschreiben, drohten die Alliierten damit, die Kampfhandlungen unverzüglich wieder aufzunehmen (Ultimatum vom 16. Feb. 1919). Wie die Heeresleitung drang auch das Auswärtige Amt darauf, die Annahme des Vertrages nicht zu verzögern. Es sei dies die einzige Möglichkeit, Frankreich den Vorwand zum Einmarsch ins Rheinland zu nehmen und damit den **Abfall der süddeutschen Länder vom Reich** ebenso zu verhindern wie die von den Franzosen erstrebte Verschiebung ihrer **Militärgrenze** an den **Rhein**. Auch das französische Angebot, einem unabhängigen, demilitarisierten Rheinstaat die dem übrigen Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen zu erlassen, konnte die Bevölkerung nicht dazu bewegen, aus dem Reichsverband auszuschneiden. So kamen die von Frankreich gewollten Pufferstaaten nicht zustande. Die **nationale Einheit Deutschlands** überlebte. Dennoch gab Frankreich sein Ziel, die Rheingrenze, nicht auf.

<sup>2</sup> Am 25. Oktober 1923 wurde eine „Rheinische Republik“ in der „Hauptstadt Koblenz“ ausgerufen. Sie existierte wegen des Widerstandes der Bevölkerung und des englischen Drucks auf Frankreich nur wenige Wochen.

## 2 Quellen und Arbeitsaufträge

### 2.1 Französische Sicherheitspolitik und deutsche Reichseinheit

#### Quelle 1: Zur französischen Osterweiterungsabsicht

**Akte Nr. 79 vom 22. Juni 1919, Der preußische Geschichtsträger in Karlsruhe<sup>1</sup> Schmidthals an Legationsrat von Prittwitz und Affron**

Lieber Prittwitz!

Es scheint ja nun doch noch zur Unterzeichnung zu kommen, öffentlich wird eine Formel gefunden, die es den Franzosen ermöglicht macht, trotz aller unserer Nachgiebigkeit doch noch hierher zurückzukehren. [...] Ich schrieb seinerzeit, daß wir für den Fall des französischen Einmarsches mit einer Abschwenkung Badens in etwa 4–6 Wochen rechnen müssen. Umsichtige Kenner des Landes sagen mir aber, [...] daß es mit höchstens 8–10 Tagen rechnen könnte. [...] (Es) verstärkt sich der Eindruck, daß Preußen, d. h. überhaupt die norddeutsche Hegemonie, hier [...] in einem Maße verhaßt ist, das ich mir nie hätte träumen lassen. [...] Unter unserer Führung sei Deutschland und damit auch Europa über den Haufen gestürzt worden, und es sei die höchste Zeit, daß nun die norddeutsche durch eine süddeutsche Hegemonie abgelöst werde. Eine süddeutsche Hegemonie [...] würde Deutschland nie zu den Höhen führen können wie eine norddeutsche, sie würde das Reich aber auch in die Tiefen geführt haben, zu denen die norddeutsche es führte. Indem man müde und will seine Ruhe haben, hustet auf Weltgeltung und große Politik und denkt, daß bei einer entsprechenden Verzichtbereitschaft eine immerhin noch erträgliche Existenz uns von unseren derzeitigen Gegnern zugebilligt werden würde [...] ich kann mich der Empfindung nicht erwehren, daß großen Teilen der Bevölkerung der Franzose z. Z. der Idee sympathischer ist als der Preuße. So weit zuverlässige Nachrichten von jenseits des Rhein hierher dringen, höre ich allzeit, daß die Franzosen [...] brennend gern nach Deutschland eingerückt wären [...] Bei dieser Stimmung müssen wir m. E. außerordentlich vorsichtig sein, ihnen keinen Vorwand zum Einrücken geben.

<sup>1</sup> Es war ein Relikt aus den Zeiten der Monarchie, daß die deutschen Bundesstaaten untereinander und mit nichtdeutschen Staaten diplomatisch verkehrten.

<sup>2</sup> Gemeint ist der Versailler Vertrag. Das Deutsche Reich unterschrieb ihn unter der ultimativen Androhung, die Kampfhandlungen würden im Fall der Nichtunterzeichnung fortgeführt.

### **Akte Nr. 200 vom 20. Oktober 1919, Aufzeichnung des Legationsrats von Prittwitz und Gaffron**

- Nachdem die Friedensbedingungen unterschrieben waren, habe ich zu wiederholten Malen der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß durch die Bestimmungen des § 78 der Reichsverfassung die Entente zur Entsendung von Gesandtschaften in dem Bereich der deutschen Länder scheitern werde.
- 5 Neuere Nachrichten bestätigen, daß diese Gefahr akut zu werden droht. Es erscheint zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Entente von diesem Schritt abzubringen. Jedenfalls aber muß versucht werden im Interesse der Reichseinheit die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ausländischen Vertretungen und den Regierungen der deutschen Länder zu verhindern. [...]

Prittwitz

(Akten zur deutschen auswärtigen Politik Serie A 1918-1919, Bd II, S. 135 und 363)

### **Quelle 2: Separatismus**

#### **Philipp Scheidemann zum Separatismus**

- Wir können es verstehen, wenn in den süddeutschen Staaten die Tendenz einer Trennung von Preußen durchbricht; wir halten es aber für unsere Pflicht, dieser Trennung auf das entschiedenste entgegen zu wirken. Frankreich wünscht den Zerfall des Reichs. Das ist begreiflich. Die wertvollste
- 5 Errungenschaft des Deutsch-Französischen Krieges von 70/71 war die Gründung des Reichs. ... Es wäre geradezu unerträglich, daß Deutschland sich nach nahezu 50-jährigem Bestande in kleine Staaten auflöst, während alle übrigen Völker der Welt die letzte Kraft aufbieten, um all ihre Volksgenossen einheitlich zusammenzuführen.

(„Für die Einheit des Reiches“, Artikel im „Vorwärts“, 35. Jahrgang Nr. 323 vom 24. 11. 1918, zitiert nach Kurt Hildebrandt, Das vergangene Reich, Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1995, S. 413)

#### **Aussage in einem Strafprozeß gegen Separatisten**

*Viele Separatisten verstießen bei ihren politischen Aktionen gegen die Gesetze*

# Sie wollen mehr für Ihr Fach? Bekommen Sie: Ganz einfach zum Download im RAABE Webshop.



**Über 5.000 Unterrichtseinheiten**  
sofort zum Download verfügbar



**Webinare und Videos**  
für Ihre fachliche und  
persönliche Weiterbildung



**Attraktive Vergünstigungen**  
für Referendar:innen mit  
bis zu 15% Rabatt



**Käuferschutz**  
mit Trusted Shops



Jetzt entdecken:  
**www.raabe.de**